

Sitzung vom 1. November 2006

**1514. Anfrage (Lehrermangel auf der Sekundarstufe B
trotz gesättigtem Stellenmarkt)**

Die Kantonsräte Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, Peter Reinhard, Kloten, und Johannes Zollinger, Wädenswil, haben am 21. August 2006 folgende Anfrage eingereicht:

Laut einer Mitteilung der Bildungsdirektion konnten praktisch alle Lehrerstellen an der Volksschule besetzt werden. Dank Lehrerüberfluss und dem Abbau von fast 600 Vollzeitstellen können alle Kinder damit rechnen, nach den Sommerferien bei einer stufengerecht ausgebildeten Lehrkraft den Unterricht zu besuchen.

Erstaunlicherweise trifft diese Feststellung offenbar nicht auf die Sekundarstufe B zu. So heisst es in der genannten Medienmitteilung in einem trockenen Satz: «Einzig auf der Sekundarstufe B herrscht Lehrermangel.» In einer Zeit, wo der Stellenmarkt beste Voraussetzungen für eine weitgehend lückenlose Besetzung der Stellen mit stufengerecht ausgebildeten Lehrkräften bieten müsste, ist die Tatsache des sektoriellen Lehrermangels erklärungsbedürftig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gross ist der prozentuale Anteil der Lehrkräfte, die zurzeit mit einer Primarlehrerausbildung an Sekundarschulabteilungen mit grundlegenden Anforderungen (B, C usw.) unterrichten?
2. Wie gross ist der Anteil der Lehrkräfte, die mit einer andern, nicht spezifisch auf grundlegende Anforderungen ausgerichteten Ausbildung im genannten Bereich unterrichten?
3. Wie wird sichergestellt, dass unter diesen ausserordentlichen Bedingungen die Qualität des Unterrichts gewährleistet bleibt?
4. Weshalb ist es nicht gelungen, den seit Jahren feststellbaren sektoriellen Lehrermangel zu beheben, obwohl nach neuem Ausbildungskonzept mehr Lehrkräfte mit einem Lehrauftrag für die ganze Oberstufe zur Verfügung stehen müssten?
5. Welche Massnahmen in der Ausbildung drängen sich auf, damit mehr Studierende für eine künftige Tätigkeit als Klassenlehrkraft an der Sekundarschule B motiviert werden können?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, Peter Reinhard, Kloten, und Johannes Zollinger, Wädenswil, wird wie folgt beantwortet:

Die grundsätzliche Thematik des Lehrermangels, eingeschlossen der stufenfremden Besetzungen von Lehrerstellen der Sekundarschulabteilungen mit grundlegenden Anforderungen, hat der Regierungsrat bereits im Rahmen des Berichts und Antrags zum Postulat KR-Nr. 83/2001 betreffend Massnahmen zur Behebung des Lehrkräftemangels und zur Qualitätssicherung an der Volksschule behandelt (Vorlage 4081).

Zu Frage 1:

16% der kantonal angestellten Lehrpersonen an einer Klasse der Sekundarschule mit grundlegenden Anforderungen verfügen nur über ein Primarlehrerdiplom. Diese Zahl entspricht dem Anteil von früheren Erhebungen.

Zu Frage 2:

Knapp 10% der kantonal angestellten Lehrpersonen an einer Klasse der Sekundarschule mit grundlegenden Anforderungen verfügen über ein Sekundarlehrdiplom für eine andere Anforderungsstufe.

Zu Frage 3:

Als kurzfristige Massnahme wird in den Schulen in der Regel ein Mentoring eingerichtet, d. h., eine erfahrene Lehrperson der entsprechenden Schulstufe unterstützt die Lehrperson mit Diplom einer anderen Stufe in ihrem Berufsalltag.

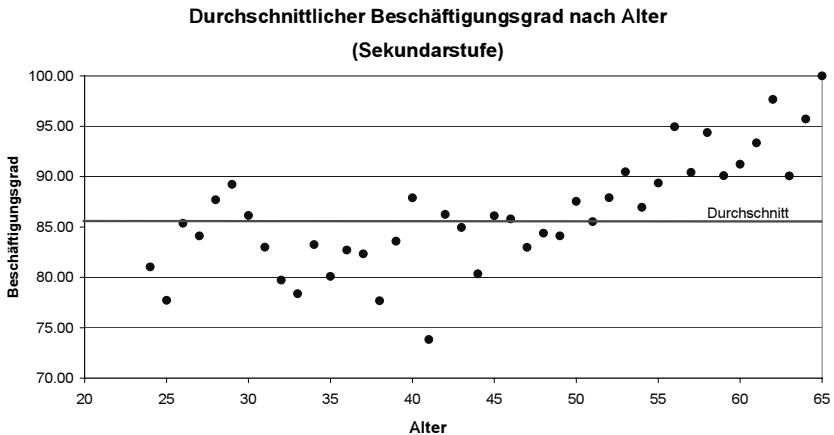
Die Bildungsdirektion verlangt von Primarlehrpersonen, die neu an der Sekundarschule unterrichten, dass sie eine Zusatzqualifikation in Angriff zu nehmen, um das Lehrdiplom der Sekundarstufe zu erlangen.

Zu Frage 4:

Zu den Gründen für den seit Jahren feststellbaren sektoriellen Lehrermangel an der Sekundarschule gehören:

- Am früheren Real- und Oberschullehrerseminar wurden jährlich nur rund 30 bis 40 Lehrpersonen diplomiert. Diese Zahl war viel zu tief, um die Abgänge aus der natürlichen Fluktuation auszugleichen. An der früheren Sekundar- und Fachlehrausbildung wurden dagegen jährlich 180 bis 200 Lehrpersonen ausgebildet.
- Seit dem Start der Pädagogischen Hochschule Zürich wurden bisher rund 200 Sekundarlehrpersonen diplomiert. Für die weitere Entwicklung können auf Grund der bisherigen kurzen Zeitdauer der neuen Ausbildung noch keine gesicherten Aussagen gemacht werden.

- Ein grosser Teil der Absolventinnen und Absolventen der Lehrerausbildung sucht nicht unmittelbar nach der Ausbildung eine feste Anstellung.
- Gut ausgebildete Lehrpersonen finden in Zeiten guter Wirtschaftslage auch in anderen Berufsbereichen wie zum Beispiel der Personalentwicklung oder der internen Weiterbildung eine Anstellung.
- Die Ausbildung mit Fächerprofil ermöglicht den Einsatz auf allen Anforderungsstufen der Sekundarschule. Die Lehrpersonen entscheiden selber, für welche Abteilung sie sich bewerben wollen.
- Der Frauenanteil an den Lehrkräften der Sekundarstufe ist in den letzten Jahren gestiegen. Die Personalstatistik zeigt, dass Frauen mehrheitlich eine Stelle in der Abteilung A der Sekundarschule anstreben.
- Der Anteil der in den letzten und in den nächsten Jahren in den Ruhestand tretenden Lehrpersonen ist gemessen am gesamten Bestand überdurchschnittlich hoch. Kommt dazu, dass jüngere Lehrpersonen häufiger in Teilpensen unterrichten (vgl. Tabelle). Das heisst, es braucht in nächster Zukunft eine grössere Zahl von Lehrpersonen als diejenige, die altershalber zurücktritt.



Zu Frage 5:

Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bildet Stufenlehrpersonen für die ganze Sekundarschule aus. Für den Unterricht in den Abteilungen mit grundlegenden Anforderungen (B und C) bietet sie typenspezifische Vertiefungen an. Diese werden von 45% aller Studierenden gewählt. Es ist davon auszugehen, dass für eine Mehrheit der

Studierenden die Abteilung A der Sekundarschule die attraktiveren Unterrichtsbedingungen bietet. Daran vermag die Ausbildung an der PHZH nichts zu ändern.

Grundsätzlich gilt es, die Attraktivität des «Arbeitsplatzes Volksschule» insgesamt zu steigern. Diesem Zweck dienen insbesondere die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 (LS 412.100) sowie die Arbeiten am neuen Berufsauftrag für die Lehrpersonen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi